

VON UNGEWOLLTEN PATENSCHAFTEN, REHAUGEN UND EHEMALIGEN VOLKSPARTEIEN

Kürzlich hatte ich das große Vergnügen, den Wiener Schriftsteller Manfred Chobot für ein Literaturprojekt zu interviewen. Dabei kamen wir auf die nicht vorhandene Widerständigkeit der österreichischen Schriftsteller, der Tagespolitik gegenüber, zu sprechen.

Auf Deutsch: Warum mischen sich die Schriftsteller, speziell die jungen, nicht mehr in den politischen Diskurs, obwohl unser Land immer strammer nach rechts marschiert, dass einem die Ganslhaut aufrennt und immer mehr undemokratische Tendenzen von der Politik geschaffen und der Bevölkerung toleriert werden.

Die Antwort Chobots war schlicht und ehrlich: „Ich weiß es nicht.“ Im weiteren Gespräch versuchte er trotzdem eine Analyse: „Der Kardinalfehler der beiden großen Volksparteien, schon ab Kreiskys Zeiten, war und ist, dass man die politische Rechte immer gestärkt und gehätschelt hat, da man sie als Mehrheitsbeschaffer in verschiedenen Koalitionen benötigte. Da drückte man auch schon generös beide Augen zu, wenn die Schweinereien der jugendlichen Rechten ausarteten, wie z. B. zu Zeiten der VAPO und heute bei den großräumigen und österreichweiten Nazipickerl-Aktionen. Vor allem war man sehr generös bei den unzähligen rechtsradikalen Ausfällen und Entgleisungen des Jörg Haider. Wenn die Jungnazis, unter ihnen auch vormals der junge H. C., und ich meine da nicht den Artmann, ihre „Wehrsportübungen“ im Wald abhielten, dann spielten sie ja lediglich „Räuber und Gendarm“, wenn sie sich mit rechtsradikalen Grußzeichen begrüßten, bestellten sie ja lediglich „drei Bier“ Wie lange darf man eigentlich ungestraft eine mündige Öffentlichkeit verarschen?

Man hatte und hat in Österreich immer nur Angst vor den „extremen“ Linken, und in diesen Topf hat man gleich alles hineingewürfelt, was einem und der größten Boulevardzeitung des Landes nicht zu Gesicht stand. Anständige Leute, die gegen Wiederaufrüstung, Kriege und

Rechtsradikalismus demonstrierten, Menschen die sich für Minderheiten, Ausländer und Asylsuchende einsetzten, wurden und werden als „nützliche Idioten“, als von „Moskau bezahlte Agenten“ und als „Gutmenschen“ verunglimpft und beschimpft. Mitmenschen, die über menschenrechtliche Probleme nachdenken, reflektieren, die sich nicht jede verfassungswidrige Gesetzesvorlage um die Ohren hauen lassen und die letztlich demokratischen Widerstand leisten.

Die Angst vor den Rechten, dass man sie als Koalitionspartner vergrämen könnte und dass die Wähler in Scharen zu ihnen überlaufen, wie es ein großer Teil der Jungwähler dieser Tage praktiziert, hat die Politik der beiden Volksparteien unmenschlich und demokratisch bedenklich gemacht. Beide rücken weit nach rechts, doch dort ist das Gedränge schon sehr groß und der verunsicherte und verärgerte Bürger wählt dann lieber gleich die „richtigen“ Rechten (BZÖ in Kärnten und FPÖ in Salzburg, weitere Beispiele werden demnächst folgen). Wird es noch lange dauern bis SPÖ und ÖVP aus diesem falschen Traum erwachen? Wenn sie bei der nächsten Nationalratswahl jeweils unter 20 % der Stimmen landen? Wenn die wieder fusionierte Rechte die absolute Mehrheit hat?

Man sieht den Großkoalitionären den Widerwillen am Regieren förmlich an. Kein Gestalten, Reformieren oder Krisenbewältigen, ist zu sehen. Nur lustloses Verwalten und das ziemlich schlecht. Die eine Volkspartei blockiert längst fällige Bildungsreformen und verspielt so die Chancen einer ganzen Generation Kinder und Jugendlicher. Die andere Volkspartei reitet mit der größten Boulevardzeitung verantwortungslos gegen Brüssel und die EU und gefährdet somit die Hoffnungen einer positiven und solidarischen Entwicklung des Landes im Rahmen des Vereinten Europas.

Als Extrembeispiel für schlechtes Verwalten muss die Auseinandersetzung um das Bleibe-

recht und den Asylgerichtshof gelten. Das Flüchtlingshochkommissariat UNHCR schlägt Alarm: Österreich habe seit der Einführung des Asylgerichtshofs im Juli des Vorjahres eine deutlich restriktivere Anerkennungspraxis. Laut UNHCR-Statistik haben heuer im Jänner nur noch 6,1 Prozent der Asylwerber in zweiter Instanz den Flüchtlingsstatus zuerkannt bekommen. Vor Gründung des Asylgerichts waren es 2007 noch 40 Prozent, 2006 lag die Rate bei 39,8 Prozent.

Damals hatte noch der Unabhängige Bundesasylsenat die Verfahren in zweiter Instanz abgewickelt. Vor allem für Tschetschenen sei die Anerkennungsrate deutlich gesunken und zwar von 82,9 Prozent im Jahr 2007 auf derzeit 30,3 Prozent. SOS Mitmensch spricht von Horrorzahlen und ruft den „asylpolitischen Notstand“ aus. Von einem funktionierenden Asyl-System kann keine Rede mehr sein.

Das österreichische Innenministerium spielt hier mit seiner Desinformationspolitik eine sehr seltsame Rolle. Die aktuellen Zahlen an den UNHCR kommen schleppend und teilweise viel zu spät.

Ein weiteres Beispiel für schlechtes Verwalten ist das neue und inhumane Bleiberecht. Hier die Fakten:

Künftig wird im Rahmen der Asyl- und Fremdenrechtsverfahren automatisch mit untersucht, ob ein Bleiberecht aus humanitären Gründen vorliegt.

In sogenannten „Altfällen“, das sind jene, in denen die Verfahren vor dem Mai 2004 begonnen haben, gibt es ein eigenes Antragsrecht. Für das Verfahren sind die Landeshauptleute zuständig, die endgültige Entscheidung trifft der Innenminister, der zur Beratung einen Beirat einrichtet. An die Entscheidung des Beirates ist er allerdings nicht gebunden.

Die umstrittenen Patenschaften wird es geben, aber in einer abgeschwächten Form. Sie bilden den letzten Ausweg, für jene Antragsteller, die nicht alle Kriterien für ein humanitäres Bleiberecht erfüllen und beispielsweise nicht selbsterhaltungsfähig sind. Im ursprünglichen Entwurf war die Patenschaft Voraussetzung für ein Bleiberecht.

Der Staat stiehlt sich hiermit in einer ganz sensiblen Materie aus seiner Verantwortung. Schon seit fast zwei Jahrzehnten ist dieses Phänomen in der Flüchtlings- und Asylpolitik festzustellen. Unter wechselnden Regierungen und Innenministern stöhnen die beruflichen und privaten Hilfsorganisationen unter dieser Last regelmäßig auf. Umso bewundernswerter ist die humanitäre Arbeit der Bürgergesell-

schaft, von der viele Volkspolitiker nur in ihren Sonntagsreden faseln. Der Politiker redet, der Bürger handelt. Doch die Handlungsspielräume werden immer enger. An jeder Ecke ist der mündige Bürger schon bedroht, mit dem engmaschigeren Gesetzesnetz in Konflikt zu geraten.

Die Aktion Mitmensch Wiener Neustadt fordert deshalb zum wiederholten Male, was eigentlich logisch und menschlich sein sollte. Gebt die Flüchtlings- und Asylagenden endlich vom Innen(Polizei)ministerium dorthin, wo sie eigentlich hingehören: entweder ins Sozial- oder ins Familienministerium, stattet diese mit zusätzlichen Geldmitteln aus, damit hier auch eine vernünftige Integrationspolitik betrieben werden kann. Und für die Frau Innenminister, die solche Angst vor den „Rehaugen“ bestimmter Flüchtlingskinder hat, haben wir einen guten Rat: Zerstören sie nicht weitere Familien durch ihr inhumanes Handeln, wie die Familie Zogaj. Schieben sie nicht gut integrierte Menschen aus Österreich ab, selbst wenn ihre BürgermeisterpartEIFreunde für diese Menschen intervenieren. Und schaffen sie endlich diesen unsäglich dummen und geschichtsverfälschenden Staatsbürgerschaftstest für die neuen österreichischen Staatsbürger ersatzlos ab. Der ist nämlich eine reine Schikane und sonst gar nichts.

Maximilian Huber

Die Spendenaktionen gehen weiter Es gibt einen Unterschied

Liebe Freunde,
Liebe Freundinnen,

Es gibt einen Unterschied und wir haben ihn gemeinsam bewirkt.

Einen Unterschied zwischen zerrissenen Schuhen und einem Paar neuer Winterstiefel zu Schulbeginn, zwischen Löchern in der Jacke und einem neuen Wintermantel, einen Unterschied zwischen einem kurzen alten Bleistift und einer Füllfeder, Heften und einer Schultasche, zwischen Hunger in der Pause und einer Jause im Sackerl.

Einen Unterschied zwischen arm, ausgegrenzt, ängstlich und einem „normalen“ Schulkind, das gern in die Schule geht weil niemand mehr mit dem Finger auf es zeigt. Wir haben diesen Unterschied bewirkt. Zumindest für fünf Kinder in Rumänien. Die ca 200 Euro, die wir pro Schulkind ausgegeben haben, scheinen nicht viel, wenn wir bedenken was ein Schulbeginn in Österreich kostet, oder was wir vor Weihnachten ausgegeben haben. ►►

„Lustiges?“ von rechts

Fasching und Wahlkampf – eine eher explosive Mischung oder Bühne für aufbrechende Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit.

Ein Landeshauptmann, der sich mit seiner Partei seit Jahrzehnten nicht um Gesetze (Ortstafeln) kümmert, der „Negerwitze“ als folkloristisches Allgemeingut darstellt. Der sich mit verkleideten „Negern“ an deren Brüsten saugend produziert. Im realen politischen Leben würde er sie als kriminelle Drogendealer und Asylmissbraucher abstempeln. Einer der unter dem Bild seines Vorgängers bares Geld an die Bevölkerung verteilt. So einer gewinnt natürlich Wahlen.

Ein Bundesland weiter meint der Landeschef einer Partei, man könne in unserem Land nur als Neger oder Schwuler etwas werden. Sein Bundespartei- und Landespartei-Präsident wird bei einer Wahlveranstaltung mit „Heil Hitler“ (ORF Report) empfangen. Keine Frage, auch diese Partei legte bei der Wahl zu.

Im Vorfeld konnte sich die Landeshauptfrau durchaus Gespräche über eine Zusammenarbeit mit dieser Partei vorstellen. Auch hier wurde ein 6 % Verlust von der Sozialistischen Jugend frenetisch vor der ORF Kamera gefeiert. Auf einer Faschingsveranstaltung im Bezirk Wiener Neustadt kam es zu folgender „Belustigung“:

Fortsetzung von Seite 2

Aber für Vasile einen 12 Jährigen Buben mit einer leichten körperlichen Behinderung war es seit Jahren der erste „normale“ Start eines Schuljahres. Seine Mutter hat geweint vor Freude. Sie verdient so wenig, dass sie kaum genug zu Essen haben. Oder Iordache, er ist 15, besucht eine Priesterschule. Seine Mutter ist gestorben, sein Vater kümmert sich nicht um ihn. Er konnte endlich die Bücher kaufen die er braucht um weiter zu lernen. Und warme Kleidung für den Winter. Auch für Madalina und Bogdan, die Kinder von Gabi, hatte dieses Schuljahr einen großen Unterschied. Gabi ist Alleinerzieherin, putzt 12 Stunden am Tag für verschiedene Auftraggeber. Sie verdient so wenig dass sie mit ihren beiden Kindern in eine Ein-Zimmer-Wohnung umziehen musste. Der Unterschied waren neue Bücher und Hefte, Schuhe, eine warme Jacke, ein neues Hemd. Der Unterschied zwischen sich schämen und ein normales Kind sein können. Ein Unterschied für den wir euch im Namen aller dieser Kinder und ihrer Familien von ganzem Herzen danken.

Um die Schweineschlachtung von lieben kleinen Ferkeln nicht so emotional schwer zu machen, gab man den Schweinderln einfache Namen (z.B. Mohammed, Ibrahim...) Auf Anfrage meinten die Protagonisten „...wir haben uns dabei nichts gedacht“ und fremdenfeindlich sei man schon gar nicht. Übrigens, im Saal soll es riesiges Gelächter gegeben haben.

Die immer größer werdende Akzeptanz solcher fremdenfeindlich intoleranten Handlungen in der Gesellschaft macht Angst.

Ist das politische Kleingeld so viel wert, um jegliche Menschlichkeit über Bord zu werfen?

Letztes Beispiel für Intoleranz und die Reaktion darauf auf höchster Ebene:

Die Innenministerin erklärt Opfer zu Tätern, mit falschen Angaben, um sich später zu entschuldigen, sie sei ungenau informiert gewesen. Zynischster Spruch von ihr: „Wir sind für Familienzusammenführung im Kosovo“.

Bei uns völlig integrierte Familien, die alle Bedingungen für ein Bleiberecht erfüllen (Sprache, Wohnung, Arbeit, finanzielle Unabhängigkeit) sind trotzdem von Abschiebung bedroht.

Der Regierungschef lächelt weiter – gnadenlos. Man hat das Gefühl, das Innenministerium für unwichtig erklärt zu haben um die Sozialdemokraten (einen Teil) von einer klaren Stellungnahme zu entbinden.

Am 20.2.2009 wurde eine Untersuchung (ORF-Teletext) über Österreich und Antisemitismus vorgestellt. 43% der Österreicher glauben, die Juden seien schuld an der Finanzkrise. Jeder dritte Österreicher hält antisemitische Vorurteile für richtig.

Die demokratischen Kräfte in Österreich sind gefordert, SPÖ/ÖVP/Grüne und alle diesseits intoleranten, dumpfen, fremdenfeindlichen Sumpf trockenlegen wollen, gemeinsam dagegen aufzutreten. Nicht liebäugeln mit möglichen politischen Mehrheiten. Menschenrechte sind unteilbar und die, die das nicht verstehen wollen, müssen mit allen demokratischen Mitteln ausgegrenzt werden – ohne Augenzwinkern.

Arbeiten wir alle daran, diesem Land ein menschlicheres Gesicht zu geben, wo niemand wegen Hautfarbe, Religion oder anders zu sein sich fürchten muss.

Mit solidarischen Grüßen

Reinhard Panzenböck sen.

ZusammenReden

„ZusammenReden – Wiener Neustädter Integrationsgespräche 2009“

lautet der Titel einer Serie von Themenabenden, verteilt über das Jahr 2009, zu Aspekten von Integration wie (laut Terminvorschau) Wohnen in der Stadt, Integration durch Bildung, Arbeitsmarkt und Integration, Religion, Nationalismus und Integration, Geschlechterverhältnis, Psyche und Migration.

Der erste Abend am 25.2., „Migrationsgeschichte im Industrieviertel“, hat bereits gezeigt, was uns erwartet: hochinteressante Podiumsgespräche von Fachleuten mit oder ohne Migrationshintergrund, TeilnehmerInnen aus verschiedenen Institutionen, NGOs, Konfessionen, Universitäten, auch KünstlerInnen....

So etwas gibt es bei uns in Wiener Neustadt? Ja. Wirklich bei uns hier? Ja.

Intensive Zusammenarbeit zwischen Magistrat 7, Caritas und verschiedenen Einrichtungen (siehe unten) und Einzelpersonlichkeiten macht das möglich.

Da jeder Abend an einem anderen Veranstaltungsort stattfindet, lade ich alle Interessierten ein, sich die Mühe genauen Lesens der Programmvorschau zu machen, und hoffe sehr, dass die lokalen Printmedien die jeweilige Veranstaltung nicht nur in einem kleinen Kasten „auch“ ankündigen, sondern entsprechend dem Wert solch hochkarätiger Informations- und Diskussionsveranstaltungen kräftig bewerben.

Annemarie Moser

Einladung zur Jahresversammlung AKTION MITMENSCH WIENER NEUSTADT

**15. April 2009, 19.00 Uhr
Cafe Restaurant „Einhorn“
Singergasse 15, 2700 Wr. Neustadt**

Programm:

- Rückblick auf Aktivitäten und Veranstaltungen des vergangenen Jahres
- Vorhaben für das Jahr 2009
- Bericht der Kassierin
- Bericht der Rechnungsprüfer
- Film „Stolpersteine“
- Gemütliches Beisammensein

**Damit wir weiter arbeiten können,
bitten wir Sie um Ihren Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2009.**

Auch für Spenden sind wir und jene denen wir damit helfen können dankbar.

Terminvorschau auf die weiteren Veranstaltungen:

Wohnen in der Stadt, 26. März 2009, 18 Uhr, Ort: Verein „Arbeit, Jugend und Kultur“, Dietrichgasse 7

Integration durch Bildung, 22. April 2009, 18 Uhr, Ort: BORG, Herzog Leopold-Straße 32

Arbeitsmarkt und Integration, 20. Mai 2009, 18 Uhr, Ort: AMS, BIZ-Saal, Neunkirchner Straße 36

Religion – eine Frage der Integration? 17. Juni 2009, 19 Uhr, Alevitischer Kulturverein, Julius Wiltherth-Gasse 13

Nation/Nationalismus und Integration, 9. Sept. 2009, 19 Uhr, Ort: Altes Rathaus, Hauptplatz 1-3

Geschlechterverhältnis, 7. Oktober 2009, 19 Uhr, Ort: Fachhochschule Wiener Neustadt, Johannes Gutenberg-Straße 3

Psyche und Migration, 4. November 2009, 18 Uhr, Ort: Caritas Flüchtlingshilfe, Wiener Straße 56

Mehrsprachige Lesung und Fest als Abschluss im Rahmen der Wiener Neustädter Buchwoche am 13. November 2009.



www.aktion.mitmensch.at, info@mitmensch.at
Bankverbindung: Wiener Neustädter Sparkasse
Kontonummer: 3988, BLZ 20267

Impressum:

Eigentümer & Herausgeber: Aktion Mitmensch Wiener Neustadt,
2700 Wiener Neustadt, Postfach 7

Redaktion:

Maximilian Huber, Reinhard Panzenböck, Annemarie Moser.

Layout: Anna Seif

Druck: Repa Copy, 2700 Wiener Neustadt